

# 250 Opfer von Zwangsheiraten pro Jahr

Beratungsstellen erhalten fast täglich Meldungen von erzwungenen Eheschliessungen

Trotz gesetzlichem Verbot sind Zwangsheiraten verbreitet. Die Betroffenen wagen oft nicht, sich zu wehren, weil sie die Rache der Familie fürchten.

Von **Andreas Schmid**

Am 19. März hat das Obwaldner Kantonsgericht die Ehe zwischen einer 20-jährigen Kosovarin und einem 24-jährigen Landsmann für ungültig erklärt. Die Heirat war ein Jahr zuvor unter Zwang zustande gekommen, wie die Richter feststellten. Die Frau begann sich zu wehren, weil ihr Mann sie schlug. Im Dezember 2014 suchte sie Zuflucht bei einem Onkel, der in einem anderen Kanton lebt, und erstattete bei der Polizei Anzeige.

Durch die Annullaion der Ehe gilt die Frau nun als unverheiratet. Diese Regelung hilft den Opfern insofern, als ihr Zivilstand nach einer ungültigen Ehe nicht mit geschieden, sondern mit unverheiratet geführt wird. Für die 20-Jährige, die im Rahmen des Familiennachzugs zu ihrem Ehemann in die Schweiz gezogen war, hat die Trennung dennoch gravierende Konsequenzen. Im Mai teilte das Obwaldner Migrationsamt der Frau mit, ihre Aufenthaltsbewilligung werde nicht verlängert, weil die ausländerrechtlichen Voraussetzungen dafür nicht mehr erfüllt seien. Bis am 4. Juli müsse sie nach Kosovo zurückkehren. Das Amt war im Gegensatz zum Gericht zur Auffassung gelangt, die Heirat sei nicht unter Zwang erfolgt, eheliche Gewalt habe die Frau nicht erlitten und eine Gefährdung bei der Rückkehr in die Heimat bestehe nicht. Darum sei der Artikel im Ausländergesetz, der trotz aufgelöster Ehe einen weiteren Aufenthalt in der Schweiz zuliesse, nicht anzuwenden.

Für Yvonne Meier, die Rechtsvertreterin der Betroffenen, ist die Verfügung des Migrationsamts nicht nachvollziehbar. «Einen solchen Fall habe ich noch nie erlebt», sagt die Badener Anwältin, die schon andere Zwangsheiraten vor Gericht anfocht. Meier ist mit einer Beschwerde an den Obwaldner Regierungsrat gelangt. Solange diese hängig ist, wird die Kosovarin nicht ausgewiesen, da die Regierung aufschiebende Wirkung gewährte.

## Hilferuf auf Zettel

Laut Meier werden vielfach junge Frauen und Männer zwangsverheiratet, die als Minderjährige in ihrer Heimat bereits verlobt worden sind. «Dass es in der Ehe zu Gewalt kommt, ist ebenso verbreitet.» In einem Fall im Thurgau habe sich eine Frau nur noch zu helfen gewusst, indem sie beim Einkaufen einen Zettel mit ihrer Adresse und der Aufschrift «Hilfe Polizei» fallengelassen habe. Die Finderin der Botschaft habe die Polizei informiert. Diese habe herausgefunden, dass die Frau das Haus nur zum Einkaufen verlassen dürfen und quasi eingesperrt gewesen sei. Ihre Ehe war von den Eltern erzwungen worden.

Zu Anzeigen komme es dennoch selten, sagt Meier. «Die Opfer bringen die emotionale



Prunkvolle Hochzeit eines türkischen Paares – nicht immer haben sich die Partner selber auserwählt und heiraten freiwillig.

Kraft dafür meist nicht auf.» Sie gerieten in Loyalitätskonflikte, litten unter Schuldgefühlen und hätten Angst, von der Familie verstossen zu werden. «Es ist äusserst unangenehm, das eigene Umfeld anzuzeigen.» Ein Schuldspruch könne zudem dazu führen, dass Familienangehörige ausgeschafft würden. Obwohl das seit Juli 2013 geltende Bundesgesetz über Massnahmen gegen Zwangsheirat Freiheitsstrafen von maximal fünf Jahren vorsieht, seien bis jetzt in den wenigen Urteilen bedingte Geldstrafen die Regel, hält Meier fest.

Obwohl Zwangsheiraten in der Schweiz verboten sind, werden sie in grosser Zahl vollzogen, wie die Statistik der Fachstelle zwangsheirat.ch zeigt. Seit zehn Jahren bietet sie Opfern und Fachleuten kostenlose Hilfe an. In dieser Zeit haben sich laut der Leiterin Anu Sivaganesan rund 980 Personen gemeldet. Rund drei Viertel der Fälle stammten aus den letzten fünf Jahren, sagt Sivaganesan. «Wir registrieren inzwischen fünf Meldungen pro Woche» (siehe Interview). Das liege an der erhöhten Sensibilisierung für das Thema. «Zwangsheiraten sind Menschenrechtsverletzungen, die es zu verhindern gilt.» Laut

Sivaganesan gelingt es etwa in 70 Prozent der Fälle, Kompromisse zu finden und die unfreiwillige Eheschliessung abzuwenden.

## Behutsames Vorgehen

Svenja Witzig vom Kompetenzzentrum für interkulturelle Konflikte (TikK) in Zürich wird ebenfalls regelmässig mit dem Thema konfrontiert. Häufig gehe es um verbotene Liebesbeziehungen, die oft eine Androhung von Zwangsheirat nach sich zögen. Wenn sich jemand melde, biete ihre Stelle ein persönliches Gespräch an. «Weil das familiäre Umfeld nichts von der Meldung erfahren soll und die Betroffenen zum Teil stark kontrolliert werden, gehen die TikK-Beraterinnen gelegentlich auch an den Arbeitsplatz oder in die Berufsschule für die Beratung», erklärt Witzig. Bei gravierenden Fällen, bei denen der Schutz der Betroffenen im Vordergrund steht, arbeitet das TikK mit stationären Einrichtungen wie Mädchen- und Frauenhäusern zusammen. Es sei wichtig, die verschiedenen Fälle von Zwangsheiraten differenziert zu betrachten und die Beweggründe der Eltern vor dem kulturellen und migrationspezifischen Hin-

70%

Zu diesem Anteil findet die Fachstelle zwangsheirat.ch laut eigenen Zahlen Wege, die eine Eheschliessung gegen den Willen eines Partners abwenden.

tergrund zu verstehen. «Vorschnelle Verurteilungen sind wenig hilfreich.» So sei sie immer wieder mit Fällen betraut, in denen es eine für alle Beteiligten akzeptable Lösung gebe. «Weil es jeweils um eine komplexe interne Familiensache geht, müssen Vermittlungen aber gut durchdacht angegangen werden, damit Interventionen nicht kontraproduktiv sind.»

Gefordert sind im Kampf gegen Zwangsheiraten - es sind Offizialdelikte - auch die Zivilstandsbeamten. Sie haben eine Eheschliessung abzulehnen, wenn sie nicht freiwillig zustande kommt. «Es darf nicht sein, dass Leute heiraten müssen», sagt Roland Peterhans, der Leiter des Zürcher Zivilstandsamts. «Dafür wollen wir keine Hilfestellung leisten.» Seit dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes seien in drei Fällen Nachfragen bei der Braut gestellt worden, weil Hinweise auf eine Zwangsheirat vorgelegen hätten. «Die Vermutungen haben sich aber nicht bestätigt», hält Peterhans fest.

Auf Bundesebene existiert seit 2012 ein Programm gegen Zwangsheiraten. Dieses ist auf fünf Jahre ausgelegt und wird mit gesamthaft zwei Millionen Franken aus der Staatskasse gespeist.

## Beratung für Betroffene

«Häufig physisch und psychisch bedroht»

Jede Woche wenden sich durchschnittlich fünf Betroffene von Zwangsheiraten an Ihre Fachstelle, mehr als früher in einem Monat. Weshalb ist die Zahl der Meldungen in den letzten Jahren derart gestiegen?

Das Problembewusstsein für dieses Thema ist bei Betroffenen und Fachpersonen stark gewachsen, auch durch die öffentliche Sensibilisierung.

Gehen Sie davon aus, dass die Dunkelziffer mit der Mehrzahl der Meldungen gesunken ist? Das lässt sich nicht beurteilen. Es ist aber bestimmt nach wie vor so, dass sich nur ein kleiner Teil der Betroffenen meldet. Die Konsequenzen, sich gegen eine Zwangsheirat zu wehren, sind gravierend.

Wie geht Ihre Fachstelle mit dem unterschiedlichen kulturel-

Anu Sivaganesan



Die Juristin leitet zwangsheirat.ch. Die überregionale Fachstelle betreibt mit ihren Beratern auch eine Helpline.

len Hintergrund der Zwangsverheirateten um?

Unsere Arbeit ist von der jeweiligen Einwanderungssituation in der Schweiz geprägt. Neu haben wir Betroffene aus Somalia und Eritrea. Daneben melden sich kurdische, türkische, tamilische, kosovarische und mazedonische Betroffene. Die Hintergründe sind unterschiedlich. Für Hindus spielt das Kastensystem eine Rolle, und eine gläubige Muslima darf keinen Nicht-Muslim heiraten. Bei strenggläubigen Christen sind voreheliche oder gleichgeschlechtliche Sexualität tabu.

Was heisst das in der Beratung?

Unsere Fachleute benötigen ein grosses Wissen über die politische, rechtliche und kulturelle Situation in diesen Ländern sowie ihre Ausprägungen im Schweizer Migrationskontext.

Wie beugen Sie den Risiken vor, die sich durch das Aktivwerden in Zwangssituationen ergeben?

Tatsächlich sind Betroffene, die sich wehren, häufig physisch und psychisch bedroht. Wir sehen von Mediationen ab, denn eine Einmischung in eine Familiensituation kann zusätzliche gefährliche Spannungen auslösen. In England sind die Behörden so strikt, dass sie schon Organisationen ausgeschlossen, die Mediationen praktizieren. Unsere Strategie ist, die Opfer zu unterstützen und zu stärken. Oft haben sie im Gegensatz zu ihren Angehörigen eine Ausbildung, Sprachkenntnisse

«Zu Unrecht wurde das Problem lange Zeit als Frauenthema gesehen. Dabei sind die Männer oft auch unter Druck.»

und finanzielle Möglichkeiten. Diese Ressourcen lassen sich nutzen. Zudem gilt es, einen Konflikt unter Kontrolle zu haben und ihn nie eskalieren zu lassen.

Opfer von Zwangsheiraten sind nicht nur Frauen. Wie oft haben Sie mit Männern zu tun?

Zu Unrecht wurde das Problem lange Zeit als Frauenthema gesehen. Dabei sind die Männer oft auch unter Druck in patriarchalischen Strukturen. Wenn Ehen zu Bruch gehen, wird das vielfach ihnen angelastet. Zudem können sie Liebesbeziehungen nicht leben, weil sie etwa eine Frau aus dem gleichen Kulturkreis oder aus derselben Kaste heiraten müssen. Bei den albanisch sprechenden Personen, die bei uns Hilfe suchten, waren beispielsweise 30 Prozent Männer.

Interview: Andreas Schmid

## Schulung von Fachpersonal

### Anzeichen erkennen

Die Stadt Zürich bietet Weiterbildungen zum Thema Zwangsheiraten an. In einem Graubereich gehören auch von den beteiligten Familien arrangierte Ehen dazu, denen sich die Brautleute nicht unbedingt widersetzen. Angesprochen werden mit den Schulungen etwa Lehrpersonen und Ausbilder, die potenziell mit Betroffenen in Kontakt kommen. «Damit sollen Zwangsheiraten verhindert und Opfer besser geschützt werden», sagt Melanie Martin, die Projektleiterin von der Stadtzürcher Fachstelle für Gleichstellung. Es gehe darum, dass Lehrpersonen, Schulsozialarbeiter und Lehrmeister Anzeichen von Zwangsheiraten erkennen lernten und Hilfe anbieten könnten, indem sie beispielsweise auf Unterstützungsangebote hinwiesen. Weil Betroffene oft Angst hätten, gegen die Angehörigen vorzugehen, machten sie vielfach nur Andeutungen. «Manchmal verrät auch ein verändertes Verhalten in der Schule erzwungene Heiraten», sagt Martin. Ausser Lehrkräften und Sozialarbeitern schult die Fachstelle für Gleichstellung auch die Zivilstandsbeamten in Zürich. (asc.)